

Gespräch mit Julian Nida-Rümelin

Das programmatische Profil schärfen

Julian Nida-Rümelin (Jg. 1954) ist Professor für Philosophie und politische Theorie in München. Von 1998 bis 2002 war er zunächst Kulturreferent in München, dann Kulturstaatsminister im ersten Kabinett von Gerhard Schröder. Seine letzten Buchpublikationen: Demokratie und Wahrheit (CH Beck 2006) und Philosophie und Lebensform (Suhrkamp 2009). Die NG/FH sprach mit Julian Nida-Rümelin am Rande des Dresdener SPD-Parteitages, auf dem er in den Parteivorstand gewählt wurde.

NG/FH: Für die verheerende Wahlniederlage der SPD wurden viele Gründe angeführt, doch immerhin schien die SPD programmatisch nicht falsch aufgestellt. Es gibt ein neues Grundsatzprogramm, es gab den Deutschland-Plan des Kandidaten. Wie kann man da von einem programmatischen Defizit der SPD sprechen?

Julian Nida-Rümelin: Die Programmatik einer Partei ist nicht das beschriebene Papier, sondern besteht aus den Normen und Werten, die in der politischen Praxis – in Reden und Handeln – kohärent erkennbar sind. Das neue Grundsatzprogramm war ein guter Kompromiss zwischen unterschiedlichen Parteiströmungen. Der immer neue Wechsel der Parteivorsitzenden führte zwar zu einer immer wieder anderen Handschrift und der Fortgang der politischen Agenda veränderte die programmatischen Prioritäten. Am Ende blieb jedoch ein klarer Richtungswechsel vom nachsorgenden zum vorsorgenden Sozialstaat mit dem Zentrum der Förderung von Kindern und Jugendlichen und der Bildung für alle, unabhängig von Herkunft und Lebensalter. Diese neue programmatische Grundlage blieb jedoch insofern vage, als sie nur unzureichend mit konkreten Projekten des nachprüfbaren Regie-

runghandelns und konkreten Zielen des Wahlprogramms verbunden wurde. Rechte wie linke Sozialdemokraten rangen um die Deutungshoheit. Was weitgehend fehlte, waren die Bürgerschaft faszinierende mittel- und langfristige Projekte, die der Partei Profil und Orientierung hätten geben können.

NG/FH: Welche Schärfungen des programmatischen Profils wären denn denkbar?

Nida-Rümelin: Erstens: Bei den sozialen Transferleistungen gehört die Bundesrepublik Deutschland zur OECD-Spitzengruppe. Bei den öffentlich Bediensteten, insbesondere den sozialen Diensten, bei Ganztageseinrichtungen für Kinder und Jugendliche, gehört Deutschland bestenfalls ins Mittelfeld und in manchen Bereichen zu den Schlusslichtern. Der entscheidende Schritt zu einer höheren Qualität der sozialen Sicherheit in Deutschland ist nicht die Erhöhung sozialer Transferleistungen, sondern der massive Ausbau von Ganztageseinrichtungen für Kinder und Jugendliche, um Frauen wie Männern die volle Berufstätigkeit zu ermöglichen (was wiederum ein wesentlicher Beitrag zu sozialer Sicherheit und selbstbestimmter Lebensgestaltung wäre), was ange-

sichts der Lebensentwürfe insbesondere der jüngeren Frauen, zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden ist. Zudem kann mit dieser Maßnahme die Problematik unzureichender Bildung und Ausbildung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund wirksam gedämpft werden. Der gemeinsame Besuch von Krippen, Kindergärten und Ganztagschulen sowie eine deutlich verbesserte Betreuungsrelation sind Grundlage einer inklusiven Bildungspolitik. Statt Anhebung von Steuerfreibeträgen also Ausbau der öffentlichen Einrichtungen. Der Ausbau der sozialen

mark weit niedriger als in Deutschland. Dänemark verbindet diese Politik der hohen Garantieleistungen mit intensiven Förderangeboten.

Drittens: Wenn Bildung zum Schlüssel einer vorsorgenden Sozialpolitik werden soll, dann müssen die Prioritäten staatlichen Handelns grundlegend verändert werden. Der Bund hat eine wichtigere Rolle für die Abstimmung der Bildungspolitik der Länder zu übernehmen – das kann die Kultusministerkonferenz nicht leisten – und sollte in Zukunft eigene Bundesmittel für die Bildungsförderung in allen

» Die Ausgaben des Staates für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur müssten in etwa verdoppelt werden, um an das Niveau der Weltspitze zu gelangen. «

Dienste würde zudem viele neue Arbeitsplätze schaffen, die eine höhere Frauenerwerbsquote in Deutschland ermöglichen. Die gesamte Lohn- und Gehaltssumme des öffentlichen Dienstes in Deutschland beträgt lediglich 8 % – in Schweden über 30 %.

Zweitens: Eigenverantwortliches Leben verlangt nach einer Absicherung, die auch bei Arbeitslosigkeit, Elternschaft, Alter oder Behinderung ein Leben nach eigenen Vorstellungen ermöglicht. Durch Berufstätigkeit, aber auch durch andere Aktivitäten, wie etwa Familien- und Freiwilligenarbeit sollten daher Ansprüche erwachsen, die auch im Falle von Arbeitslosigkeit oder Berufsunfähigkeit die weitere Verfolgung eigener Lebenspläne ermöglichen. Das dänische Modell ist dabei eines besonderen Blickes wert. Die Garantien, etwa im Falle von Arbeitslosigkeit, sind dort weit höher, d.h. das Arbeitslosengeld liegt viel näher beim zuletzt bezogenen Nettoeinkommen als in Deutschland. Zugleich sind die sozialen Dienste wesentlich besser ausgebaut und bewirken offenkundig eine rasche Reintegration in den Arbeitsmarkt. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist in Däne-

mark weit niedriger als in Deutschland. Dänemark verbindet diese Politik der hohen Garantieleistungen mit intensiven Förderangeboten.

Altersgruppen, einschließlich Weiterbildung, bereithalten. Die Ausgaben des Staates für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur müssten in etwa verdoppelt werden, um an das Niveau der Weltspitze zu gelangen. Eine solche Maßnahme würde sich durch eine höhere Wirtschaftsdynamik, niedrigere Arbeitslosigkeit, eine drastische Abnahme Ungelernter, eine flexiblere Anpassung der Qualifikation, spätere Verrentung, niedrigere Absenzzzeiten mittel- und langfristig selbst finanzieren. Deutschland könnte wieder an seine Tradition als Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturnation anknüpfen – ein Image, das es vor allem im fernen Ausland nach wie vor hat.

Viertens: Die ökologische Umgestaltung der Industriegesellschaft, der Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zwingt die Politik in einigen Bereichen zu grundlegenden Paradigmenwandel. Die technologische Dynamik darf nicht gebremst, sondern sollte in Richtung der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft gesteuert werden. Dies erfordert die Besteuerung aller ökonomischen Produkte und Dienstleistungen, die mit besonders hohen Umweltbelastungen

verbunden sind. Um die langfristige Nachhaltigkeit der Wirtschaftsentwicklung sicherzustellen, führt an der Einführung einer Klima-Steuer und dem Ausbau der jetzigen Öko-Steuer kein Weg vorbei. Die SPD ist gegenüber indirekten Steuern aus verständlichen Gründen immer skeptisch gewesen. Diese Skepsis sollte aber angesichts der immensen zusätzlichen Staatsaufgaben im sozialen und im Umweltbereich hintangestellt werden. Dieser Bedarf kann zum Großteil nur über indirekte Steuern – neben der Mehrwertsteuer auch vor allem über die Öko- und Klima-Steuer – gedeckt werden.

NG/FH: In diesem Wahlkampf ist Ordnungspolitik in Verruf geraten. Unter Ordnungspolitik verstehen konservative und liberale Politiker mehr Markt und weniger Staat. Sie haben dafür plädiert das Feld der Ordnungspolitik nicht den Marktliberalen zu überlassen. Plädieren Sie für eine sozialdemokratische Ordnungspolitik?

Nida-Rümelin: Selbst der sogenannte Ordo-liberalismus, die Freiburger Schule, hatte eine ganz andere Vorstellung von den Aufgaben des Staates als die Marktradikalen der FDP und des Wirtschaftsflügels der Union. Dieser sollte nicht möglichst schwach sein, sondern in der Lage, die Regeln des Marktes zu bestimmen, ohne selbst zum Marktteilnehmer zu werden. Die aktuelle Weltwirtschaftskrise hat gezeigt, dass gute Regeln auf dem Markt nicht von allein entstehen, sondern von staatlichen Institutionen geschaffen werden müssen. Im internationalen Bereich kann dies auch in Gestalt von Verträgen erreicht werden. In der Tat ist der Staat in erster Linie Ordnungsmacht, d.h. er setzt die Regeln nach denen gespielt wird, nach denen in den unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft sich Kooperation und Konkurrenz entwickeln kann. Der Staat ist nicht ein System neben anderen, sondern

er setzt den Rahmen, die Ordnung der Gesellschaft. Wir brauchen nicht nur in Deutschland, sondern in Europa, ja global, eine soziale und ökologische Ordnungspolitik

Der Staat ist zweitens Produzent kollektiver Güter, kollektive Güter werden auf dem Markt allein nicht bereitgestellt. Sie entstehen außerhalb des Marktes durch freiwillige Kooperation (bürgerschaftliches Engagement, Familienarbeit, Solidarität) und – finanziert durch Steuern und Abgaben – durch staatliche Maßnahmen. In der Theorie ist es nicht ausschlaggebend, ob der Staat dabei selbst als Produzent im Sinne einer Unternehmenstätigkeit auftritt, oder ob er Unternehmen bezahlt, die die kollektiven Güter und Dienstleistungen produzieren. Das, was in der Theorie irrelevant ist, macht jedoch in der Praxis große Unterschiede. Die konkrete Politikgestaltung etwa in den Kommunen hängt in hohem Maße davon ab, dass die Städte und Gemeinden über eigene Unterneh-

men verfügen, sei es als städtischer Regiebetrieb oder als städtische GmbH. Die Privatisierung städtischer Dienstleistungen hat mancherorts zu einer Abhängigkeit der städtischen Daseinsvorsorge vom Markt geführt, die politisch und sozial nicht zu verantworten sind. Dort wo Monopolstrukturen im Interesse des Verbrauchers sind, sollte der Staat als Produzent agieren. Das gilt auch für Oligopole, die echte Konkurrenz unterbinden und für solche Branchen, in denen die einzelnen Marktteilnehmer dadurch gegen das Risiko des Marktaustritts geschützt sind, dass sie für die wirtschaftliche Ordnung als Ganze unverzichtbar sind oder die sozialen Folgen eines Marktaustritts untragbar wären. In der Weltfinanzkrise hat sich gezeigt, dass diese Bedingung schon von mittelgroßen privaten Geschäftsbanken erfüllt wird. Sie kön-

nen nicht Pleite gehen, ohne die gesamte Branche so stark in Mitleidenschaft zu ziehen, dass der Geldverkehr als Ganzer national und international gefährdet würde (der Fall Lehman-Brothers illustriert dies ebenso wie der der Münchner Hypo Real Estate). Wenn einzelne Unternehmen nicht mehr Pleite gehen können, dann sind diese verführt, höhere Risiken einzugehen zu Lasten anderer Konkurrenten, die diese Garantie nicht haben und zu Lasten der ökonomischen Ordnung insgesamt. Unternehmen mit diesem Sonderstatus sollten daher spätestens, wenn sie aus eigenen Ressourcen nicht mehr geschäftsfähig sind, in öffentlich-rechtliche Trägerschaft überführt werden. Wir brauchen eine neue Balance zwischen privater und öffentlicher Verantwortung, das ist die wichtigste Lehre aus der Krise.